

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unentgeltlich eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verlag: Neuberger Schenker Verlag G. m. b. H. in Berlin.
Druck und Verlag von Robert Knorz in Berlin.

Die morgige Präsidentschaftswahl in Amerika.

Die vier Kandidaten.

Ein Brief Wilsons an Cox.

Telegramm unseres Korrespondenten

1. Saag, 1. November.

Morgen findet die Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten statt. 1916 wurden bei der Wahl Wilsons 18 Millionen Stimmen abgegeben. Da jetzt zum erstenmal die Frauen mitstimmen, rechnet man diesmal mit der Abgabe von 30 Millionen Stimmen. Bei der jetzigen Wahl stehen vier Kandidaten zur Wahl. Harding für die Republikaner, Cox für die Demokraten, Christensen für die Bauernliga und Debs für die Sozialisten. Letzterer wurde vor zwei Jahren wegen aufrührerischer Artikel zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt und führt nun seinen Wahlslogan vom Gefängnis aus. Nur Cox und Harding haben Aussicht, gewählt zu werden. Bis in die letzten Wochen schießen es klar, daß Harding weitaus die größte Majorität bekommen würde. Inzwischen ist die Wählerfrage in den Vordergrund des Interesses getreten und, mit ihr verbunden, die Frage des Friedensschlusses mit Deutschland. Harding lehnt den Beitritt zum Völkerbund in seiner jetzigen Gestalt ab, will aber eine Geschlossenheit der Nationen nach seinem eigenen Plane betreiben. Cox ist für den Völkerbund, aber nicht ohne Vorbehalte. Er hat sich dadurch neuerdings zu Wilson in Gegensatz gesetzt und dadurch auf der einen Seite republikanische Stimmen gewonnen, aber auch demokratische verloren. Es kann aber doch wohl kaum mehr zweifelhaft sein, daß Harding gewählt wird. Allgemein wird darüber gefolgert, daß es sich bei diesem Wahlkampf nicht darum handelt, welche Partei welche man wählen soll, als welchen Mann. Harding und Cox sind beide persönlich sehr ehrenwerte und durchaus tüchtige Männer, aber hinsichtlich der Politik, wie sie gerade jetzt in Amerika gebraucht werden, haben sie bisher nicht gezeigt. Das Interesse des amerikanischen Publikums an den Wahlen hat sich erst in den letzten Tagen belebt.

Der Korrespondent der „Daily News“ in New-York stellt die Parteiprogramme der Republikaner und Demokraten folgendermaßen gegenüber: Harding ist für höhere Schutzzölle und Vorzugssätze für die amerikanische Schifffahrt im Panama-Kanal. Cox ist dagegen. Harding will sich nicht in europäische Fragen ein-

mischen, Cox will sie vor den Völkerbund bringen, Harding ist gegen den Eintritt Amerikas in den Völkerbund und will die amerikanischen Truppen aus den besetzten Gebieten Europas zurückziehen; den Krieg mit Deutschland würde er einfach für beendet erklären. Cox will dagegen den Völkerbund Vertrag ohne wesentliche Veränderungen ratifizieren. Harding tritt für das Handelsverbot gegen die fünfzehn Handelsverträge der Vereinigten Staaten auf, die im Jahre 1914 mit England geschlossen wurden. Harding ist gegen die Zulassung Amerikas in den Völkerbund mit anderen Worten der Welt unterworfen zu sein. Wir wollen hinzufügen, daß die Isolationisten die republikanische Partei die Vereinigten Staaten mehr als es die demokratische Partei getan hat, von der übrigen Welt trennen will. Im Gegenteil, Harding ist Befürworter des amerikanischen Handelsimperialismus, wenn man seine Forderung mit einem Schlagwort bezeichnen will. Er wünscht, die Hände für ein aktives und unbeschränktes Auftreten Amerikas nach allen Seiten hin frei zu machen. Dazwischen gehört auch seine Forderung, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Präsident Wilson hat letzten Sonntag an den Gouverneur Cox einen Brief geschrieben in dem er ihm die besten Wünsche für seine Wahl ausdrückt. Dadurch will Wilson die Einheitsfront der demokratischen Presse wiederherstellen die durch die abweichende Meinung Cox' über die Behandlung der Völkerbundsfrage gefährdet ist.

Samburg, 1. November.

Von den für die Samburg-Amerika Linie im Bau befindlichen Komplexen ist jetzt der erste fertiggestellt. Er hat gestern seine Probefahrt unternommen und ist heute in Samburg eingetroffen und bei 20 Uhr im Dock angekommen. Der Dampfer, von dem Namen „Belgische“ erhalten hat, ist auf der Werft des Bremer Vulkan in Begleit gebaut und für die Frachtfahrt bestimmt. Er hat eine Tragfähigkeit von 2350 Tonnen und ist trotz seiner geringen Größe ein bisselein vernehmbares Schiff modernster Konstruktion. Bei einer Länge von 72,2, einer Breite von 10,9 und einer Tiefe von 6,5 Metern verfügt er über einen Brutraumgehalt von 1566 Register-tonnen. Eine Dreifachexpansionsmaschine gibt ihm eine Durchschnittsgeschwindigkeit von etwa 9 Seemeilen in der Stunde.

T. W. In einem Berliner Café führen an Gläubigenden gefeierte und schon mit vielen Preisen ausgezeichnete Radsportler auf einer kleinen Bühne ein großes Wettspiel auf. Die Räder bewegen sich nicht von der Stelle, aber die Fahrer treten mit fabelhafter Schnelligkeit, und wer am schnellsten tritt und durch die Energie der Pedale die meisten Raddrehungen hervorruft, wird gekürt. In dieses Wettrennen ohne Vordrängbewegung tritt ein gewöhnlich die Generalabgabe oder „allgemeinen Ausprägungen“ durch die man in den Parlamenten die Statutenänderungen leichter einzuführen pflegt. Alles frampelt, alle Kräfte regen sich, schließlich liegt das herumstehende Rad noch immer auf dem gleichen Fleck. So ungefähr ist es diesmal auch. Mit Ausnahme der deutschen Nationalen Jahrmärktehertulle und der ganz in ihren Prudenz vertieften Radfahrerbrüder bringen die Abgeordneten immerhin als praktische Politiker, und einige brachten allerlei Vortreffliches vor. Herr Dr. Simons sprach mit jenem Sinn für ausgleichende Gerechtigkeit, der gewis manchmal die rhetorische Augenblickswirkung beeinträchtigt, aber doch, wie wir nicht verlernen dürfen, draußen tiefe uns jetzt erwieslichste Grundstimmung schaffen hilft. Während er mit den einzelnen Fragen des Tages sich eingehend befaßt, hat er die Frage, wie wir über diese Lage hinausgelangen sollen, schweigmäßig behandelt, und wir wollen diese Methode gern gelten lassen, unter der Voraussetzung, daß es eine ist. Aber wir haben in der ganzen Debatte bisher mehr Klagen und Anschuldigungen, und Antworten auf Klagen und Anschuldigungen, als Vorschläge und Lösungen gehört. Daher jener Eindruck, daß man sich eigentlich nicht vorwärtsbewegt. Die Opposition rechts und links und die nicht mitregierenden Parteien kritisieren, wie üblich, die Regierung, und die linke Hälfte der Rechten einiges heim. Zu Protest gegen die Bedingungen des Versailles Vertrages und besonders gegen die Politik Frankreichs, seinerzeitigen Eingekitt. Der Minister des Reichsweises, seinerzeitigen Eigentümern auch dieses Schweißopfer bringend, das Wort „Rebellion“. In den Reihen der Parteiführer hatte es ziemlich regelmäßig einen guten Platz. Frankreich hat mehr als vier Jahrzehnte hindurch unablässig auf die Revision des Frankfurter Friedens hingestrebt. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Deutsche die Revision des ungleich fürchterlichen und total unfrommen Vertrages von Versailles unablässig als das notwendige Ziel vor sich sieht. Die Franzosen haben den Rat Samburgs, daß man immer daran denken und nicht davon sprechen solle, richtig gefunden, wenn auch nicht tief befodert. Deutschland von ein paar geistig unklaren Schwärzern und von idyllischen Grübelern abgesehen, will keine Revanche, keine kriegerische Vergeltung, nicht jetzt und nicht später, und da wir nichts zu verbergen haben, kann unsere Ansicht nur sein, daß man an die Revision immer denken, und daß man von ihr, offen vor aller Welt, immer sprechen soll.

Aber es kommt alles darauf an, wer von ihr spricht und wie man von ihr spricht. Wer nur das patriotische Paukenschlag, sich vor einer urteillosen Galerie als Retter spreizt und, um diesen Komödienterfolg zu erlangen, ruhig überleerte politische Arbeit verbirgt, ist ein schändlicher Schelam. Auf dem deutschnationalen Parteitag hat niemand Knallprotz mit vorweggehobener Brust und blühendem Aderauge verkündet: „Wir suchen nicht mehr um die Revision, wir fordern sie.“ Wenn diese Herren, die in guten Tagen nur Vereinnahmung und Anrechnung fremder Völker planten und die Schaulustigen mit den Karten des allseitig vergrößerten Deutschland schmücken ließen, jetzt sittliche Forderungen erheben, stärkt das die Revisionbewegung sicherlich nicht. Reht sich Herr Helfferich, den der getränkte Gorgon immer weiter vom festen Boden fortzieht, gegen die Militärdenkmäler der Alliierten an? Wo leicht kann man ihm vorhalten, wie er als Reichssekretär während des Krieges immer wieder verkündete, daß der Besiegte alle bezahlen werde, und wie er dadurch uns eine schlechte Finanzwirtschaft und den Alliierten ein gefährliches Beispiel gab. Der Revisionsgedanke könnte durch diese Leute niemals verwirklicht, seine Verwirklichung kann durch sie nur aufgeschoben werden, und wenn wir ihm die Völker geneigt machen wollen, dann müssen wir auch eine Sprache sprechen, die ihnen nicht fremd und abstoßend klingt. Die anderen Völker sehen, trotz ihrer wachsenden Abneigung gegen den Pariser Militarismus, noch immer die verwüsten Gebiete Nordfrankreichs vor sich — sie haben in zahllosen, keineswegs ganz wahrheitswidrigen Schilderungen gesehen, wie dort jede Spur der Zivilisation planmäßig vernichtet, jedes Gebilde der Natur zerstört, jeder Obstbaum angelegt und im Lebenssaft getroffen wurde, und sie sollen wissen, daß auch wir das zurückerhalten, und daß Deutschland nur sein Recht, nicht irgendein Unrecht, verteidigen will. Dort aber, wo das Unrecht, die unmoralische Gewalt und die Zerfurchungstun sich gegen uns gerichtet haben, sollen wir alle Mittel der Wehr gebrauchen, die in einer feinen Sprache liegen, und es macht nicht nur einen perfiden Eindruck, sondern ist auch im höchsten Maße unpolitisch, wenn dieser und jener, der vielleicht dem deutschen Militarismus zu wenig sich unterordnet, jetzt unablässig Entschuldigungsgründe für alle Handlungen des französischen Militarismus sucht. Auch der ehemalige sozialdemokratische Abgeordnete Cohen-Reuß, der sich nach der Revolution durch seinen maßigen Einfluss im Soldatenrat Verdienste erworben hat und jetzt als „Republikanischer“ Frankreich unwirksam und für den Kampf gegen England gewinnen möchte, täte gut, seine staatsmännlichen Bemühungen auf dem Gebiete der internationalen Politik einzustellen. Eine Verständigung mit Frankreich erscheint uns allen gewis sehr wünschenswert. Sie wird sich um so eher herbeiführen lassen, je mehr man in Frankreich wird bemerken können, daß eine gewisse Entspannung zwischen England und Deutschland sich vollzieht.

Vor allem aber sollten wir uns mehr als bisher zu der Frage äußern, was wir unter der Revision verstehen. Diese Frage wird seit einiger Zeit denjenigen, die mit leitenden politischen Besorgnissen der Ententeänder in Verbindung kommen, sehr häufig vorgelegt. Man befürchtet, wir

würden, wenn einmal ein erster Schritt zur Revision getan würde, überhaupt an jedem Steine rütteln, der in Versailles eingemörtelt worden ist. Werden wir nicht den Versuch machen, bei solcher Gelegenheit in Elsaß-Lothringen neue Schwierigkeiten zu schaffen, etwa den Gedanken der elassischen Autonomie in die Diskussion zu werfen, und geht unter geheimnis Strebem nicht dahin, uns durch eine Umgestaltung des Vertrages allen finanziellen Verpflichtungen zu entziehen? Aus solchen Irrtümern und laienhaften Deutungen können sich auf dem Wege zur Revision überflüssige Hindernisse auf. Wir müssen sie fortbeseitigen, wenn wir vorwärtskommen wollen. Natürlich erscheint es uns als ein Verstoß gegen die Rechtsgrundsätze und auch als ein politischer Fehler, daß die Bewohner Elsaß-Lothringens nicht vor der Eingeleitung in Frankreich gefragt worden sind. Aber die militärische Vöhrerschaft, die während des Krieges im Elsaß ausgeübt wurde, hatte in der Bevölkerung die festeren und den Sympathien für Deutschland günstig auslösenden und ausgetreten, und eine verpöhlende Abstimmung wäre heute nur eine nutzlose, für uns aussehtliche Formalität. Wünschenswert ist die Revision, um den Entschuldigungsgründen zu entgegen? Wir sind nicht so leicht, um die Revision nur im Interesse der Alliierten zu begehren, aber sie kann und soll es uns ja gerade ermöglichen, alle gerechten Forderungen zu erfüllen. Wir müssen dazu von den Helfern bereit werden, die man unermesslich hat. Die Debatte, unferm Wirtschaftssysteme geschmeidig zu regeln werden, daß sie nicht Milliarden auf Milliarden verhängt und, je nach dem Willen eines fremden Militärsystems, immer mehr verschlingen kann. Wir können nicht ganz dahinter entbehren, brauchen zur Ablenkung vieler dahinter nicht nutzbarer Kräfte die Aussicht auf eine fernes eigenes Arbeitsfeld. Wir wollen, daß man uns im Saaregebiet, dessen Bodenstücke nach Frankreich wünder, nicht Land und wünderliche Bänke zu bringen, die zwischen Deutschland und Polen nicht Grenzen gezogen, sondern eine Kluft geöffnet hat. Wenn Voraussetzungen und nähere Zusammenhänge abgehandelt wären, müßte Polen, ganz wie das belächelnde Frankreich, einsehen, daß sein eigener Vorteil zwischen einem wieder erwachenden Rußland, in dem doch jedes Regierungssystem die nationale Parole gebrauchen und die Wiederanerkennung der ungelerten Kandidaten auf sein Programm setzen wird, und einem Deutschland, das gelundet aber nicht bezüchtigt? Wir wollen durch eine Revision des Versailles Vertrages die staatliche Existenz Polens nicht gefährden, aber muß sie nicht, auch ohne irgendeinen Eingriff von unserer Seite, eines Tages ohne sein, wenn der Vertrag mit all seinen Stacheln bestehen bleibt? Wie kurzfristig ist eine französische Politik, die darauf ausgeht, sich dort im Osten Deutschlands einen Schutzwall zu errichten, und später mehr noch als heute genötigt sein wird, sich schüßend vor den Schutzwall zu stellen! Und sollten die ruhig wachenden Politiker, die es auch in Polen geben dürfte, nicht empfinden, daß das Ziel ihres neuen Staates schließlich doch in guten Nachbarbeziehungen liegt? Die Revision, die wir wollen, soll niemanden um gerechte Entschädigung bringen, und wir wünschen niemandem ungerichte Schädigung anzutun. Wir können endlich behaupten,

daß eine solche Revision nicht nur uns, sondern dem ganzen Europa zugute käme, denn sie soll nur Unheilbares beseitigen und die Quellen wieder öffnen, die dieser arme Erdteil braucht.

Alle Vernünftigen, und sogar die halbwegs Vernünftigen, gewöhnen sich gegenwärtig an den Gedanken, daß man die erhofften Milliarden jetzt nicht bei uns aufreiben kann. Ob man gleich die ganze Ziffer nennt oder vorläufig Abschlagszahlungen festsetzt — all das sind Seitenhänge, wenn man uns nicht zunächst einmal eine Erholungsschrift gibt. Erst müssen bei uns die Räder sich wieder drehen, der Handel muß Ware hinaus und herein bringen und nur die Maschinen, auf denen das Räderwerk gedreht wird, müssen stillstehen. Dann, nach solcher Kräftigung, werden wir die Erholungszahlungen schuldner zu sein. Will man sich nicht auch jenen Ursprungsfragen und natürlichen Klagen noch einmal zuwenden, der Verwendung deutscher Arbeitskräfte bei der Wiederherstellung Nordfrankreichs betraf? Wenn würden wir wünder, warum gerade diese Idee, die für Frankreich wie für Deutschland (und wieviel Möglichkeiten birgt, bisher auf der Strecke liegen geblieben ist. Es scheint, daß in einer deutschen Denkschrift über den Wiederaufbau, die in Spa überreicht wurde, das für französische Augen höchst abschreckende Wort „Kolonisation“ sich befand. Der Verfasser der Denkschrift, oder der Uebersetzer, der gewis mit dem Geist der französischen Sprache genügend vertraut war, hätte sich fragen sollen, daß dieses Wort, das man in Deutschland jetzt etwas reichlich für jede Aderarbeit verwendet, die Franzosen nur an Pioneerstätten in Afrika gemahnt. Aber so ungerichtlich die Erholungsschrift wäre und so sehr uns eine Verständigung über Leistungen in Nordfrankreich freuen müßte — das wären auch nur Sterne in unserer Nacht. Um den neuen Tag über Europa heraufzuführen, genügt das nicht. Dieses größere Himmelstück wird erst aufgehen, wenn Rußland durch gemeinsame Arbeit der alliierten Staaten und Deutschlands wieder nutzbar werden und wenn der Vertrag von Versailles revidiert sein wird. Den Schicksalssgang Rußlands können die Alliierten nicht vorhersehen, aber die Stunde der Revision können sie bestimmen. Unsere Aufgabe ist es, an die Revision nicht nur zu denken, sondern von ihr zu sprechen, und so von ihr zu sprechen, daß Irrtümer beseitigt werden und jeder den großen allgemeinen Nutzen dieses auf die Dauer doch unvermeidlichen Schrittes begreifen lernt. Der Minister des Reichs konnte im Reichstage das Wort im Außen bergen, die Parteiführer müßten und müssen es sagen, und man muß es immer wiederholen, ohne den Optimismus jener italienischen Periodikerin zu teilen, die in Paris den entscheidenden Entschluß schon herannahen ließen. Aus Frankfurt schrieb im Oktober 1917 der französische Geldminister de Gabcias an den Minister de Munst, Bismarck bleibe der Feind Frankreichs, weil er diesem Lande so viel Leides zugefügt habe, und auf fortfahren müsse, ihm Leides zu tun. „Chi offende non perdona“ wer verlegt, verzeiht nicht, sagte Herr de Gabcias hinzu. Frankreich selbst heute an diesem gefährlichen Entschluß, mehr als Bismarck an ihm litt. Solange er andauert, wird verlegt, verzeiht nicht, können alle Konferenzen der Wirtschaftskunden verhinbert, können alle parlamentarischen Generaldebatten heillos für uns wie die parlamentarischen Generaldebatten und wie das Kabrennen im Rastseebahn sein.